

Artikel im Magazin PROGRESS, erschienen im Januar 2008, Autor:
leonhard.dobusch@reflex.at

Zivilgesellschaft im „Schweinesystem“

Außerparlamentarische Opposition ist auch (k)eine Lösung

Weil sie „besorgt und wütend sind wegen des Inhalts und des Zustandekommens der letzten Beschlüsse des Nationalrates“ – so verkündet es die Homepage – haben sich einige dutzend Menschen im „Demokratischen Salon“ zusammengefunden und planen nun ein Demokratie-Volksbegehren. Ursprünglich angestoßen durch gemeinsame Empörung im Online-Forum der Tageszeitung „Der Standard“ über das Vorgehen der Regierung bei Asylgerichtshof und Sicherheitspolizeigesetz, dreht sich die Debatte inzwischen um ganz prinzipielle Fragen: Welche Form der Demokratie ist die „demokratischste“? Wie kann unser politisches System zumindest „demokratischer“ gemacht werden? Der aktuelle Vorschlag fordert verpflichtende Volksabstimmungen, sobald dies 200.000 Wahlberechtigte in einem Volksbegehren verlangen.

Vom Anlassfall zur Systemkritik

Dass derartige Initiativen gerade angesichts einer regierenden „Großen Koalition“ sprießen, dürfte kein Zufall sein. Auch die Gründung der deutschen „Außerparlamentarischen Opposition“ (APO) im Vorfeld der 68er-Bewegung fiel in die Zeit einer großen Koalition aus CDU und SPD. Und auch damals war der Weg von Kritik an einzelnen Gesetzen wie der Notstandsgesetzgebung zu fundamentaler Kritik am parlamentarisch-demokratischen „Schweinesystem“ ein kurzer. Dabei ist das Wesen jeder repräsentativen Demokratie, also Herrschaft durch in irgendeiner Art vom Volk gewählte Delegierte, das des Kompromisses. Ob dieser innerhalb einer regierenden Partei oder zwischen verschiedenen Parteien gefunden werden muss, ist eine sekundäre Frage. Klar ist in jedem Fall, dass immer Interessen (größerer oder kleinerer) Bevölkerungsteile in unterschiedlichem Ausmaß Eingang in diese Kompromisse finden. Außerparlamentarischer Widerstand jener gesellschaftlichen Gruppen, die sich in diesem Prozess übergangen fühlen, ist deshalb nicht nur logisch sondern dem gesamten System repräsentativer Demokratie immanent.

Auf einem Auge blind

Wenn außerparlamentarisches, politisches Engagement dieser Art mit Bezug auf den marxistischen Theoretiker Antonio Gramsci als „Zivilgesellschaft“ tituiert und vor allem links der politischen Mitte verortet wird, so entbehrt das nicht einer gewissen Ironie. Denn für Gramsci war es gerade die MeinungsführerInnenschaft („Hegemonie“) einer „bürgerlichen“ Zivilgesellschaft, die in Westeuropa

einer Überwindung der parlamentarischen Demokratie und dem Siegeszug einer „echten“, in seinen Augen sozialistischen Demokratie im Wege standen. Und so ist auch heute auf einem Auge blind, wer in der Zivilgesellschaft ausschließlich humanistisch-demokratische Kräfte versammelt glaubt. Denn Wirtschaftslobbies sind genauso Teil der Zivilgesellschaft wie Kirchen, Gewerkschaften und Verbände oder auch Tierschutzorganisationen. Alle diese Gruppen, Initiativen und Organisationen kämpfen mit unterschiedlichen Mitteln um die (öffentliche) Meinungshoheit in ihrem Interessensgebiet und damit die Durchsetzung ihrer jeweiligen Ziele. Eine Auseinandersetzung mit weder gleichen Ausgangspositionen noch klaren Spielregeln. Kein Wunder also, dass Gramsci äußerst kriegerische Metaphern gebrauchte, um den alles andere als fairen Kampf um Meinungshegemonie zu beschreiben. So war für ihn der Staat nur „ein vorgeschobener Schützengraben“ vor einer „robusten Kette von Festungen“ der bürgerlich dominierten Zivilgesellschaft.

Welch wahrer Kern hinter dieser martialischen Rhetorik auch heute noch steckt, zeigt sich an der Rolle der (Massen-)Medien als „SchiedsrichterInnen“ in Auseinandersetzungen um MeinungsführerInnenschaft: Letztlich entscheiden meist sie und damit auch deren EigentümerInnen darüber, wer zur Zivilgesellschaft gezählt und damit gehört wird. So wäre der „Demokratische Salon“ ohne die mediale Begleitmusik des Standards und der Wiener Stadtzeitung Falter sicherlich nicht so schnell auf über 70 TeilnehmerInnen beim erst zweiten Treffen angewachsen. Wobei die Wirkung medialer Berichterstattung auch eine paradoxe sein kann: Die hetzerischen Artikel der deutschen Boulevardzeitung „Bild“ über die APO und die 68er-Bewegung hat diesen sicherlich größeren Zulauf und Einfluss beschert, als wenn sie einfach ignoriert worden wären.